

Niederschrift

über die 29. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 12.02.2019

Anwesend: siehe Anwesenheitsliste

Vorsitz:

Bürgermeister Richard Borgmann

Die Sitzung fand im Ausschusszimmer der Burg Lüdinghausen, Amthaus 14, 59348 Lüdinghausen, statt.

<u>Beginn:</u> 18:00 Uhr <u>Ende:</u> 20:25 Uhr

Vor Eintritt in die Tagesordnung stellt der Vorsitzende fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde und der Haupt- und Finanzausschuss beschlussfähig ist. Er weist auf die Befangenheitsproblematik hin.

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1. Entwicklung der zukünftigen räumlichen Nutzung der vorhandenen und ggf. zu schaffenden Rathausflächen

hier: Vorstellung der Firma IWB

Vorlage: FB 1/526/2019

2. Klimaschutzeffekte des Windparks in Aldenhövel hier: Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

Vorlage: FB 1/527/2019

- 3. Zuschuss für den Ausbau eines Glasfasernetzes im Außenbereich von Lüdinghausen hier: Bürgerantrag der teilnehmergemeinschaften für Glasfaserverlegung im Außenbereich der Stadt lüdinghausen e.V. für Lüdinghausen und Seppenrade Vorlage: Stb./070/2019
- 4. Ordnungsbehördliche Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen aus besonderem Anlass in der Stadt Lüdinghausen

hier: Verkaufsoffene Sonntage

Vorlage: FB 4/697/2019

- Produkthaushalt 2019 Haushaltssatzung mit Anlagen und Stellenplan 2019 -Vorlage: FB 2/893/2019
- 5.1. Produkthaushalt 2019 Haushaltssatzung mit Anlagen und Stellenplan 2019 Vorlage: FB 2/893/2019/1
- 6. Weiterentwicklung von Produkt-Kennzahlen

Vorlage: FB 2/892/2019

- 7. Berichte
- 8. Anfragen

Nichtöffentlicher Teil:

- 9. Berichte
- 10. Anfragen

Öffentlicher Teil:

Bürgermeister Borgmann schlägt vor aufgrund der zahlreichen Besucher den TOP 3 als ersten zu beraten. Dies ist Konsens im Ausschuss.

TOP 3) Zuschuss für den Ausbau eines Glasfasernetzes im Außenbereich von Lüdinghausen

hier: Bürgerantrag der teilnehmergemeinschaften für Glasfaserverlegung im Außenbereich der Stadt lüdinghausen e.V. für Lüdinghausen und Seppenrade

Vorlage: Stb./070/2019

Zu Beginn des TOP erklärt sich der Stv. Holz für befangen und nimmt in dem für die Zuhörer vorgesehenen Bereich Platz.

Danach führt Bürgermeister Borgmann in den TOP ein. Hierbei erklärt er, dass eine nachträgliche Auszahlung an die Antragssteller – so wünschenswert es auch sein möge – aus rechtlichen Gründen nicht möglich sei. Die ausschließlich nachträgliche Bezuschussung beider Teilnehmergemeinschaften verstoße gegen Vorschriften des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union, gegen den Gleichheitsgrundsatz, gegen die Gemeindeordnung des Landes NRW als auch gegen die Kommunalhaushaltsverordnung des Landes als auch des Bundes.

Das Glasfaserprojekt im Außenbereich sei zum überwiegenden Teil abgeschlossen und vollständig finanziert. Ein Zuschuss an beide Vereine als ausschließliche Anerkennung der erbrachten Leistungen decke keine Finanzierungs- bzw. Wirtschaftlichkeitslücke mehr. Außerdem habe die Stadt zuvor Innenstadtbewohnern als auch Gewerbetreibenden eine beantragte Bezuschussung versagt.

Stv. Möllmann erwidert, dass der Beratungsgegenstand sowohl politisch als auch juristisch betrachtet werden sollte. Er sieht die Bereitstellung eines Glasfasernetzes im Außenbereich als Aufgabe der Daseinsvorsorge an, sodass diese Angelegenheit im öffentlichen Interesse erfolgt sei. Darüber hinaus solle das Engagement der Ehrenamtlichen anerkannt werden. Gleichzeitig könne er die Ansicht des Bürgermeisters verstehen, wonach eine Auszahlung aus juristischen Gründen nicht möglich sei.

Im Ergebnis werde die CDU-Fraktion den Antrag der Vereine für die Glasfaserauslegung im Außenbereich Lüdinghausen und Seppenrade unterstützen.

Stv. Spiekermann-Blankertz stellt klar, dass es grundsätzlich keinen Anspruch für diesen Zuschuss gebe. Dennoch wurden durch die Tätigkeiten der beiden Vereine Voraussetzungen für ein Glasfasernetz im Außenbereich gelegt. Auch er spricht in diesem Zusammenhang von der Daseinsvorsorge und erinnert zugleich daran, dass die Stadt Lüdinghausen dem St. Marien-Hospital in der Vergangenheit ebenfalls einen Zuschuss in Höhe von 1. Mio DM ausgezahlt habe.

Zuletzt äußert er den Wunsch, den Auszahlbetrag auf 250.00 € pro Anschluss zu deckeln.

Stv. Grundmann lobt die infrastrukturellen Maßnahmen der beiden Vereine. Seiner Ansicht nach hätten die Vereine mit Ihren Tätigkeiten Grundvoraussetzungen für das Leben in der Zukunft geschaffen. Die Fraktion Bündnis 90 Die Grünen werde den Beschlussvorschlag der Antragssteller unterstützen.

Stv. Schäfer stellt klar, dass das Thema Digitalisierung in den verschiedensten gesellschaftlichen Bereichen Einzug nehmen werde. Daher sei es richtig, dieses Thema voranzutreiben. Dabei erinnert er daran, dass die Politik ebenfalls beschlossen habe, bei jedem neuem Neubaugebiet auch entsprechende Leerrohre für eine künftige Glasfaserverkabelung mit zu verlegen.

Er schlägt vor, den gewünschten Auszahlbetrag so aufzuteilen, dass eine Hälfte im HH-Jahr 2019 und die andere im HH-Jahr 2020 ausgezahlt werden.

Bürgermeister Borgmann verweist darauf, dass die politische mit der juristischen Betrachtung zu verbinden sei. Die politische Meinung sei in dieser Entscheidung nicht von der juristischen Einschätzung zu trennen. Recht müsse Recht bleiben und könnte nicht aufgrund von politischen Betrachtungen zur Disposition gestellt werden.

Im Anschluss stellt Bürgermeister Borgmann fest, dass über die von der Verwaltung vorgeschlagenen Beschlüsse Nr. 1 und 3 gemeinsam abgestimmt werden könne. Dies ist Konsens im Ausschuss.

Folglich erfolgt zunächst eine Abstimmung über die Beschlüsse Nr. 1 und Nr. 3.

Beschluss:

- 1. Der Haupt- Finanzausschuss würdigt die besonderen Leistungen der Teilnehmergemeinschaften für die Glasfaserverlegung im Außenbereich der Stadt Lüdinghausen e.V., welche ohne finanziellen Zuschuss der öffentlichen Hand den Glasfaserausbau im Außenbereich vorangetrieben haben.
- 3. Die Verwaltung wird gebeten, auf den Bund als auch auf das Land Nordrhein-Westfalen dergestalt einzuwirken, dass auch ein vorzeitiger Baubeginn sowie die Fertigstellung des Glasfaseranschlusses nicht zum Ausschluss von Fördertöpfen des Landes oder des Bundes führen dürfen.

-einstimmig-

Im Anschluss stellt Herr Borgmann fest, dass der Ausschuss aufgrund des noch zu treffenden Haushaltsbeschlusses durch den Rat hier lediglich eine Empfehlung an den Rat abgeben könne. Ausdrücklich gibt er zu Protokoll, dass er einer nachträglichen Bezuschussung als Anerkennung von bereits erbrachten Leistungen aus rechtlichen Bedenken nicht zustimmen könne und deshalb auch nicht zustimmen werde. Aufgrund des Antrages vom Stv. Spiekermann-Blankertz trägt er folgenden Beschlussvorschlag vor:

Beschluss:

Der HFA empfiehlt dem Stadtrat, den Antragsstellern für die erbrachten Leistungen eine Anerkennungsgebühr in Höhe von 250,00 € pro Anschluss zu gewähren.

Ja-Stimmen: 16 Nein-Stimmen: 1 Enthaltungen: 0

TOP 4) Ordnungsbehördliche Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen aus besonderem Anlass in der Stadt Lüdinghausen hier: Verkaufsoffene Sonntage

Vorlage: FB 4/697/2019

Aufgrund von technischen Vorbereitungsmaßnahmen berät der Ausschuss im Anschluss an den TOP 3 den TOP 4 der Tagesordnung. Hiernach sollen die noch ausstehenden TOPs chronologisch diskutiert werden.

Beschluss:

Dem Rat wird empfohlen, den als Anlage beigefügten Entwurf der Ordnungsbehördlichen Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen aus besonderem Anlass in der Stadt Lüdinghausen zu beschließen.

-einstimmig-

TOP 1) Entwicklung der zukünftigen räumlichen Nutzung der vorhandenen und ggf. zu schaffenden Rathausflächen

hier: Vorstellung der Firma IWB

Vorlage: FB 1/526/2019

Bürgermeister Borgmann begrüßt Hr. Ruhe von der Firma IWB. Dieser stellt anhand der beigefügten Power-Point-Präsentation (Anlage 1) den zukünftigen Raumbedarf Stadt Lüdinghausen im Alten und Neuen Rathaus dar.

Im Anschluss an die Präsentation werden Fragen der Ausschussmitglieder beantwortet. Stv. Suttrup fragt an, inwiefern die Situation berücksichtigt sei, dass die Stadt Lüdinghausen Aufgaben vom Kreis Coesfeld übernehmen könne.

Herr Ruhe teilt mit, dass die notwendigen 23,5 Räume lediglich den aktuellen Bedarf decken würden. Die Übernahme von weiteren Aufgaben, wie der Bauordnung oder der Straßenverkehrsbehörde, wurde in der Untersuchung berücksichtigt, sodass dies im Ergebnis einen Bedarf von 32,5 Räumen nach sich ziehen würde.

Stv. Suttrup äußert hieran anknüpfend denkmalschutzrechtliche Bedenken für einen Neubau an der Steverstraße.

Herr Ruhe erwidert, dass ein mögliches Neubaugebäude an der Steverstraße nicht höher als der bereits existierende Altbau sei.

Stv. Schäfer fragt an, ob die Verwaltung andere Standorte für eine Nutzung untersucht habe. Herr Ruhe verneint dies.

Stv. Kehl sagt hierzu, dass andere Städte in der Lage sind, funktionierende Verwaltungsabläufe an verschiedenen Standorten abzubilden.

Auch Stv. Grundmann äußert den Wunsch, dass eine Untersuchung nach alternativen Standorten stattfinde.

Stv. Holz führt aus, dass der Bedarf an neuen Raumkapazitäten unstrittig vorhanden sei. Er rät davon ab, eine Diskussion nach einem alternativen Standort zu beginnen, da die Effektivität der Verwaltung darunter leide.

Auf Nachfrage vom Stv. Holz, ob die eingezeichneten neuen Baukörper nicht versetzt bzw. gedreht werden können erklärt Herr Ruhe, dass diese Standorte lediglich als Platzhalter auf dem Grundstück anzusehen seien. Die Firma IWB habe nicht den Auftrag gehabt in die konkreten Planungen einzusteigen. Folglich seien diese Standorte nicht in Stein gemeißelt. Stv. Spiekermann-Blankertz erklärt, dass es unter den gegebenen Umständen wichtig sei, schnellstmöglich bessere Arbeitsbedingungen für die Mitarbeiter der Stadtverwaltung zu schaffen. Folglich sei der Beschlussvorschlag in dieser Form in Ordnung.

Daraufhin erkundigt sich Stv. Schäfer, welche Zeitfolge sich hinter diesem Beschlussvorschlag verberge.

Bürgermeister Borgmann stellt klar, dass die Verwaltung nun prüfen müsse, welche räumlichen Kapazitäten wo zu schaffen sind. Dies bedeute, dass eine Diskussion über einen alternativen Standort stattfinden müsse. Gleichwohl sei ein Erweiterungsbau am aktuellen Standort in Erwägung zu ziehen.

Hiernach bestehen keine weiteren Anfragen und Anmerkungen, sodass sich Bürgermeister Borgmann für die Vorstellung bedankt.

Zuletzt lässt er über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschluss:

- 1. Die Präsentation der Firma IWB wird zur Kenntnis genommen.
- 2. Die Verwaltung wird beauftragt, die bautechnischen Planungen zur Deckung des ermittelten Raumflächenbedarfs in die Wege zu leiten und das Ergebnis dem Ausschuss zu präsentieren.

-einstimmig-

TOP 2) Klimaschutzeffekte des Windparks in Aldenhövel hier: Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen Vorlage: FB 1/527/2019

Stv. Grundmann erläutert den Antrag seiner Fraktion.

Er sieht den wesentlichen Aspekt des Antrages beim Thema Klimaschutz, sodass seines Erachtens der Antrag in einer Sitzung des Ausschusses für Klimaschutz, Energie, Planung und Stadtentwicklung behandelt werden solle.

Bürgermeister Borgmann verweist darauf, dass die Zuständigkeit bei diesem Antrag nicht eindeutig zu erkennen sei, da auch der Aspekt der Wirtschaftlichkeit im Vordergrund stehe. Folglich habe nach der Zuständigkeitsordnung der Haupt- und Finanzausschuss die Aufgabe, das passende Beratungsgremium für den Antrag zu finden.

Stv. Möllmann stimmt Bürgermeister Borgmann zu, dass vor allem die wirtschaftlichen Aspekte von Windenergieanlagen betrachtet werden sollen.

Stv. Spiekermann-Blankertz vertritt die Meinung vom Stv. Grundmann, wonach eine Beratung im Ausschuss für Klimaschutz, Energie, Planung und Stadtentwicklung zielführender wäre.

Stv. Schäfer stellt fest, dass es Aspekte für beide Ansichten gebe.

Im Anschluss erneuert Bürgermeister Borgmann, dass es nach der Zuständigkeitsordnung nun Aufgabe des Ausschusses sei, das zuständige Beratungsgremium zu finden.

Hieraufhin gibt es keine weiteren Anmerkungen, sodass Bürgermeister Borgmann über den Beschlussvorschlag der Verwaltung abstimmen lässt.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt, den Beratungsgegenstand zuständigkeitshalber in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses zu beraten.

Ja-Stimmen: 9 Nein-Stimmen: 8 Enthaltungen: 1 TOP 5) Produkthaushalt 2019 - Haushaltssatzung mit Anlagen und Stellenplan 2019

Vorlage: FB 2/893/2019

TOP 5.1) Produkthaushalt 2019 - Haushaltssatzung mit Anlagen und Stellenplan 2019

Vorlage: FB 2/893/2019/1

Bürgermeister Borgmann begrüßt Herrn Brocksieper vom biologischen Zentrum in Lüdinghausen.

Dieser erläutert anhand der beigefügten Präsentation (Anlage 2) den Wunsch nach einem Zuschuss für eine bauliche Erweiterung des biologischen Zentrums.

Stv. Schäfer fragt im Anschluss an die Präsentation nach, wie realistisch die geschätzten Baukosten in Höhe von 266.000 € tatsächlich sind. Er verweist diesbezüglich auf die gegenwärtigen Erfahrungen, dass die geplanten Kosten im Rahmen von Bauvorhaben zumeist als zu niedrig beziffert werden.

Darüber hinaus möchte er wissen, wie hoch der Anteil des Kreises Coesfeld an der Baumaßnahme ist.

Herr Brocksieper erklärt, dass die Kosten seiner Meinung nach großzügig kalkuliert seien. Er verweist darauf, dass der Vorstand in einer persönlichen Haftung sei und dies unter allen Umständen zu vermeiden ist.

Darüber hinaus besitze die Stiftung finanzielle Reserven, welche im Notfall eingesetzt werden können.

Zur zweiten Anfrage führt Herr Brocksieper aus, dass der Kreis Coesfeld keinen Anteil an der Finanzierung dieses Bauprojektes beisteuere. Dennoch verweist er darauf, dass der Kreis Coesfeld in der Trägerschaft der größte Zahler Jahr für Jahr sei.

Abschließend erklärt Stv. Kehl, dass seine persönlichen Erlebnisse im biologischen Zentrum gezeigt haben, dass die Örtlichkeit sanierungsbedürftig sei. Aus diesem Grunde spreche nichts gegen eine Gewährung dieses Zuschusses.

Bürgermeister Borgmann stellt fest, dass es keine weiteren Anmerkungen und Anfragen zum Zuschuss für das biologische Zentrum gibt.

Er bedankt sich bei Herrn Brocksieper für die Präsentation.

Daraufhin berät der Ausschuss die einzelnen Positionen der Änderungsliste. Es ist Konsens im Ausschuss, dass der Sperrvermerk für die Bezuschussung der Baumaßnahme am biologischen Zentrum gestrichen wird.

Frau Trudwig erklärt, dass es erforderlich sei, für das Jahr 2019 bereits investive Planungskosten zwecks Errichtung des Wertstoffhofes einzustellen. Auch dies ist Konsens im Ausschuss.

Ebenso berichtet Frau Trudwig, dass die Firma Pe.WE. den Wunsch geäußert habe, den Endausbau der Heinrich-Hertz-Straße bereits im Jahr 2019 durch einen investiven Ansatz in Höhe von 53.000 € zu beginnen und im Jahr 2020 mit Geldern in Höhe von 500.000 € fortzuführen.

In der Folge lässt Bürgermeister Borgmann über diesen Wunsch abstimmen:

-einstimmig-

Auf Nachfrage vom Stv. Schäfer erklärt Frau Trudwig, dass ein Ansatz in Höhe von 100.000 € für den Verfügungsfonds bedeute, dass Private die Möglichkeit haben ebenfalls 100.000 € in den Fonds einzubringen.

Sie berichtet, dass bisher 60 % der städtischen Ausgaben gefördert wurden.

Zuletzt stellt Herr Heitkamp klar, dass der Rat der Stadt Lüdinghausen eine überarbeitete Änderungsliste zur Sitzung vorgelegt bekomme. Über diese sei in der Sitzung noch abzustimmen.

Daraufhin lässt Bürgermeister Borgmann über den Beschlussvorschlag inkl. der nun beschlossenen Änderungen abstimmen.

Beschluss:

Der HFA empfiehlt dem Stadtrat, die Haushaltssatzung und Produktbuch 2019 mit Stellenplan und den dazugehörigen Anlagen entsprechend Haushaltsentwurf unter Berücksichtigung der vorgeschlagenen Änderungen zu beschließen.

-einstimmig-

TOP 6) Weiterentwicklung von Produkt-Kennzahlen Vorlage: FB 2/892/2019

Stv. Grundmann erläutert den Antrag seiner Fraktion.

Stv. Schäfer meint, dass der Beschlussvorschlag der Verwaltung etwas zu weit gefasst sei. Stattdessen schlägt er folgenden Beschlussvorschlag vor:

Die Weiterentwicklung von Produkt-Kennzahlen wird zeitlich befristet bis zur Vorlage der Ausführungsbestimmungen zur Kommunalhaushaltsverordnung NRW eingestellt. Daraufhin erfolgt eine erneute Beratung des Themas "Produkt-Kennzahlen" im Haupt- und Finanzausschuss.

Stv. Möllmann unterstützt den Beschlussvorschlag der FDP-Fraktion. Er selbst meint, dass der Haushalt bereits jetzt zahlreiche aussagekräftige Produkt-Kennzahlen beinhalte.

Stv. Spiekermann-Blanketz verdeutlicht, dass ein vollständiges Abweichen von Zielen und Kennzahlen nicht in Ordnung sei.

Stv. Grundmann stellt klar, dass der Antrag seiner Fraktion bewusst offen gestaltet worden sei. Dies könne daher ebenso bedeuten, dass die Weiterentwicklung darauf abziele, weniger Kennzahlen im Haushalt darzustellen.

Bürgermeister Borgmann lässt im Anschluss über den Beschlussvorschlag der FDP-Fraktion abstimmen.

Beschluss:

Die Weiterentwicklung von Produkt-Kennzahlen wird zeitlich befristet bis zur Vorlage der Ausführungsbestimmungen zur Kommunalhaushaltsverordnung NRW eingestellt. Daraufhin erfolgt eine erneute Beratung des Themas "Produkt-Kennzahlen" im Haupt- und Finanzausschuss.

Ja-Stimmen: 10 Nein-Stimmen: 8 Enthaltungen: 0

TOP 7) Berichte

Fehlanzeige

TOP 8) Anfragen

Stv. Grundmann äußert den Wunsch, Präsentationen, die im Ausschuss vorgestellt werden, der Politik im Vorfeld zukommen zu lassen.

Bürgermeister Borgmann erwidert, dass die Verwaltung dies tue, sofern dies möglich sei. Häufig sei die Verwaltung auf Externe angewiesen, welche die Präsentationen ihrerseits kurzfristig an die Verwaltung übersenden würden.

Auf Nachfrage von Stv. Grundmann erklärt Frau Trudwig, dass es beim derzeitigen Glasfaserausbau bisher noch keine Beanstandungen vom überwachenden Unternehmen gegeben habe.

Žuletzt bittet Stv. Holz die Verwaltung zu prüfen, ob das Förderprogramm des Landes NRW "Dorferneuerung 2019" für den Ortsteil Seppenrade zu nutzen wäre.

Bürgermeister Borgmann sagt eine Prüfung zu.

Daraufhin bestehen keine weiteren Anfragen, sodass Bürgermeister Borgmann den öffentlichen Teil der Sitzung um 20:27 Uhr schließt.

Anwesenheitsliste

zur 29. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses

der Stadt Lüdinghausen am 12.02.2019

anwesend:		
Bürgermeister		
Borgmann, Richard Bürgermeister		
CDU-Fraktion		
Austrup, Anke	Vertretung für Herrn Dr. Klaus-Dieter Waldt	
Holz, Anton		
Horstmann, Heinrich		
Möllmann, Bernhard		
Schmidt, Knut		
Steinkamp, Lena		
Suttrup, Thomas	Vertretung für Herrn Theo Schulze Uphoff	
Tüns, Dieter	Vertretung für Herrn Michael Merten	
SPD-Fraktion		
Biehle, Jerome Dr.	ab TOP 3	
Havermeier, Susanne		
Spiekermann-Blankertz, Michael		
Steinkuhl, Thomas		
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen		
Grundmann, Eckart		
Kortmann, Jöran		
UWG-Fraktion		
Kehl, Markus		
Wischnewski, Susanne		
FDP-Fraktion		
Schäfer, Gregor		

von der Verwaltung

Epping, Dominik	
Heitkamp, Armin	
Kortendieck, Matthias	
Vester, Benedikt	
Trudwig, Ellen	
Pieper, Michael	

Entschuldigt:

CDU-Fraktion

Merten, Michael	
Schulze Uphoff, Theo	
Waldt, Klaus-Dieter Dr.	